

STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19260309

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

Public Domain

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
<https://www.sub.uni-hamburg.de>

Hamburger Echo

Preis 10 A

Hamburg-Altonaer Volksblatt

Gegründet 1875

Das Hamburger Echo erscheint täglich einmal, außer den 2. Feiertagen.
Bezugspreise: Monatlich 2,75 M., ohne Porto 2,25 M., für Adressen
außerhalb 0,65 M., ohne Porto 0,55 M., für Adressen
0,60 M., ohne Porto 0,50 M. Nach dem 1. April durch die Post zu beziehen.
Redaktion: Schulstraße 11, erster Stock, Fernsprecher: 1101 und 1102.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Bredow, Altona.
Verlagsgesellschaft: Schulstraße 11, erster Stock.
Verlagsleiter: Schulstraße 11, erster Stock.

Einzelhefte 10 Pf. Verkauft Familienangehörigen 25 Pf. Stellen-
angebote 30 Pf. Stellenangebote 25 Pf. Kleine Anzeigen bis 3 Zeilen
die Zeile 25 Pf., 10 bis 15 Zeilen die Zeile 30 Pf., Restbetrag 3 M.
Anzeigen müssen im voraus oder sofort bezahlt werden.
Einzelhefte 10 Pf. Verkauft Familienangehörigen 25 Pf. Stellen-
angebote 30 Pf. Stellenangebote 25 Pf. Kleine Anzeigen bis 3 Zeilen
die Zeile 25 Pf., 10 bis 15 Zeilen die Zeile 30 Pf., Restbetrag 3 M.
Anzeigen müssen im voraus oder sofort bezahlt werden.

Nummer 68

Dienstag, 9. März 1926

52. Jahrgang

Sozialdemokratie und Steuerabbau.

Der Gesetzentwurf über Steuerermäßigungen zur Erleichterung der Wirtschaftslage fand am Montag im Mittelpunkt der Debatte des Reichstags über den Haushalt des Reichsfinanzministeriums. Der Entwurf sieht vor, daß die Umsatzsteuer von 1% auf 0,8% gesenkt wird. Er will ferner die Körperschaftsteuer mit Wirkung vom 1. April 1926 vollständig aufheben. Für wirtschaftlich gebotene Betriebszusammenschlüsse sind steuerliche Erleichterungen vorgesehen. Die Zahlungsansprüche sollen verlegt werden. Schließlich ist beabsichtigt, von einer Veranlagung der Vermögenssteuer in Höhe von drei Vierteln der vorjährigen abzugehen, um sie zu erhöhen. Es war vorausgesetzt, daß es über dieses Programm zu heftigen Auseinandersetzungen kommen würde. An der Spitze des Reichsfinanzministeriums steht statt des deutschen Nationalen Schließer der Demokrat Reinhold. Auch ist die Regierungspartei des Vorjahres, die deutschnationale, zur Oppositionspartei, eine der Oppositionsparteien aber, die demokratische, zur Regierungspartei geworden.

Bereits in den Anträgen der Parteien ist das sichtbar geworden. Obwohl die deutschnationalen den Abbau von Steuern, wie er in dem Gesetzentwurf vorgesehen ist, finanziell als höchst wichtig halten, haben sie zahlreiche Anträge gestellt, die die Besteuerung stark ermäßigen und die gesamte Landwirtschaft von jeglicher Einkommenbesteuerung freimachen würden. Diese Anträge sind nur aus dem agitatorischen Bedürfnis zu erklären, das die deutschnationalen als Oppositionspartei stets höher stellen als sachliche Erwägungen. Nirgendes aber ist das besser zu sehen als bei ihrer Stellung zur Umsatzsteuer. Dieser verlangten sie den Abbau der Umsatzsteuer, weil sie für die hohen Preise verantwortlich sei. Außerdem setzten sie mit dem Hinweis auf die Umsatzsteuer im vergangenen Sommer die Schutzölle durch. Jetzt dagegen verlangen die deutschnationalen mit einem Mal die Aufrechterhaltung der Umsatzsteuer, damit die Besteuerung ermäßigt werden können.

Die Sozialdemokratie hat sich an dem Weltkrieg der Parteien zur Steuerentlastung nicht beteiligt. Damit ist aber nicht gesagt, daß sie das bisherige Steuersystem für ideal hält. Auch wird nicht bestritten, daß die Verteilung der Steuerlast dringend reformbedürftig ist und eine größere Berücksichtigung sozialer Erwägungen auf der einen und der steuerlichen Leistungsfähigkeit auf der anderen Seite verlangt. Für die Sozialdemokratie aber steht auch gegenwärtig die Frage im Vordergrund:

Können die Steuerlasten ermäßigt werden, ohne daß die sozialen Anforderungen an das Reich eingeschränkt werden müssen?

Diese Frage aber muß verneint werden. Eine im Gesamtergebnis über die Vorzüge des Reichsfinanzministeriums hinausgehende Steuerentlastung müßte über kurz oder lang zu einer Unterbrechung der realen Wirtschaft führen, bei den sozialen Ausgaben des Reiches zu sparen, auf jeden Fall aber keine weiteren Gelder für die Verringerung der großen Not zur Verfügung zu stellen. Für die Masse der schuldlosen Opfer der Wirtschaftskrise, für die große Zahl der sonst Mitleidenden aber muß gesorgt werden. Die oberste Voraussetzung ist deshalb, daß für solche Zwecke Geld zur Verfügung ist.

An diesem Standpunkt kann die Sozialdemokratie um so eher festhalten, als die Senkung der Lohnsteuer bereits gesetzlich vorgesehen ist. Unter dem Einfluß der Sozialdemokratie ist im vergangenen Sommer das Gesetz zustande gekommen, das den Betrag der Lohnsteuer auf 100 Millionen monatlich begrenzt. Wird dieser Betrag überschritten, so muß eine Ermäßigung der Lohnsteuer eintreten. Auf Grund dieser Bestimmung ist die steuerfreie Grenze zum 1. Januar 1926 von 80 auf 100 M. monatlich erhöht worden. Sobald bei besseren Wirtschaftsverhältnissen der Betrag der Lohnsteuer weiter über 100 Millionen monatlich steigt, muß wiederum eine Ermäßigung eintreten. Mit ihr ist also ohnehin im Laufe des Jahres 1926 zu rechnen.

Im Mittelpunkt des Programms des Reichsfinanzministeriums steht die Ermäßigung der Umsatzsteuer von 1 auf 0,8%. Der Sprecher der Sozialdemokratie, Abgeordneter Keil, hat keinen Zweifel daran gelassen, daß der mit der Senkung der Umsatzsteuer, der unsorgfältigen Massensteuer, überhaupt eingeschlagene

Weg die Billigung der Sozialdemokratie findet. Sie verlangt aber die Herabsetzung der Umsatzsteuer auf mindestens ein halbes Prozent, damit ein größerer Anreiz zur Senkung der Preise gegeben ist. Sie will aber der Reichsregierung damit keine weiteren Mittel entgegen, da sie die Senkung der Vermögenssteuer entgegen dem Bestreben, zumal die Herabsetzung der Vermögenssteuer auf Dreiviertel des Betrages des Vorjahres unbegründet ist und in der Hauptsache ein Geschenk an diejenigen Schichten, deren Lage es gestärkt, zur Milderung der Notlage der Allgemeinheit beizutragen. Es muß aber ferner Sicherheit dafür getroffen werden, daß die Senkung der Umsatzsteuer auch in einer Ermäßigung der Preise zum Ausdruck kommt. Ferner ist der Gefahr vorzubeugen, daß der den Ländern und Gemeinden durch die Senkung der Umsatzsteuer etwa entstehende Steuerausfall als Anlaß zur Erhöhung der Hauszinssteuer benutzt wird. Eine Begrenzung der Miete auf 100% und ein Verbot zur weiteren

Steigerung der Hauszinssteuer zu Finanzzwecken ist deshalb erforderlich. Auch darf man die Steuerfreiheit der Großlandwirtschaft ebensowenig bestehen lassen, wie die Steuerhinterziehung anderer Besitzender.

Nur wenn in diesem Rahmen die Interessen der großen Massen des Volkes gewahrt werden, wird die Milderung der Steuerlast wirtschaftlich belebend wirken. Nur unter diesen Voraussetzungen kann auch die Sozialdemokratie dem Gesetzentwurf über Steuerermäßigungen ihre Zustimmung geben.

Der Prozeß gegen Heinrich Marx begann vor dem Berliner Gericht. Er wird des Betrugs in sechs Fällen beschuldigt. Einer der Betrugsfälle betrifft die Preußische Staatsbank (Seehandlung). Marx soll einen Wechsel über 221 000 M., den er von der Seehandlung lediglich zum Einlösen bekommen hatte, für sich selbst verwandt haben, indem er an Stelle des eingezogenen Betrages angeblich eigene Vermögenswerte gegeben hatte.

Fürstenhabgier und Fürstenknechte.

Eigentum ist Diebstahl.

Geschichte eines Hohenzollernschloßes.

Die Deutsche Tageszeitung, das Berliner deutschnationale Organ, liefert in ihrer Nummer vom 25. Februar 1926 einen instruktiven Beitrag zum Thema, wie die Hohenzollern zu Vermögern kamen. Sie schildert das Schloß in Friedrichsruhe, das sich jetzt im Besitz der Familie von Treseow befindet. Das Schloß war ursprünglich im Besitz der Hohenzollern, die es jedoch veräußert haben. Wie sind aber die Hohenzollern zu diesem Besitz gekommen? Es gehörte einst dem Generaladjutanten der kaiserlichen brandenburgischen Armee, Benjamin Hauke, der das Gut Rosenfelde erwarb und dort das Schloß erbaute. Ueber den Besitzwechsel heißt es in der Deutschen Tageszeitung:

„Nach des Kaiserlichen Todes fiel Hauke durch die Zutragen seiner Weiber in Ungnade. Sein Besitz und sein Vermögen wurde konfisziert. Friedrich III. nahm Rosenfelde in Besitz und änderte seinen Namen in Friedrichsruhe um; dorthin ließ er Herrscher und die wertvolle Einrichtung aus Haukes Berliner Wohnung bringen.“

Nach dem Zeugnis der Deutschen Tageszeitung haben die Hohenzollern Benjamin Hauke entschuldigungslos enteignet, und zwar zu ihren Gunsten. Der Gegenwert für die wertvolle Verfügung, die sie später veräußert haben, gehört heute zu ihrem „unbestreitbaren Privatvermögen“. Es geschieht den Hohenzollern nur Recht, wenn sie heute durch das Volk zugunsten des Volkes enteignet werden, nachdem sie ein so eklatantes Beispiel eines „Eingriffs in das Privatvermögen“ eines Fürstentumes zu ihrer Bereicherung gegeben haben.

Wucher mit seinem Mund.

Bei dem Heimfall des brandenburgischen Provinziallandtages am 5. März 1926 sprach die berühmte Rednerin: „Ich gedenke nach Kräften mit meinem Munde so zu wirken, daß ich noch manches andere hoffentlich werden bezugeln kann. Diejenigen, die mir dabei behilflich sein wollen, sind mir von Herzen willkommen. Diejenigen, die sich mir bei dieser Arbeit entgegenstellen, gerichte ich.“

Haus Doorn zeigt einige Erfolge des Wuchers. Haus Doorn hat eine Größe von rund 280 Morgen; es besteht aus einer Villa, verschiedenen Nebengebäuden sowie Gärten, Wiesen und Parkanlagen.

Der Preis des gesamten Landstückes betrug beim Kauf 1 250 000 holländische Gulden, die in drei Raten bezahlt worden sind!

Seit der „Haus Doorn“ fertiggestellt wurde, sind in unmittelbarem Umkreis „berühmter“ Haus Doorn Marmor- und Eisenarbeiten, für Gärten ist ein besonderes Haus errichtet und vieles andere ist angefangen worden.

„Haus Doorn“ ist bis unter das Dach mit den wertvollsten Möbeln, Teppichen und Bildern ausgestattet.

Die Silberkammer des „Hauses Doorn“ enthält nicht nur

einstufige silberne Geschäfte,

sondern in der entsprechenden Anzahl alles, was an Bestecken, Tafelaufsätzen und sonstigem Zubehör bei einem König, der seinem Volke nichts anderes zu erwarten ist, Wilhelm besitzt sogar ein großes silbernes Tafelgeschloß!

In Goldmark umgerechnet besitzt Wilhelm außerdem ein angelegtes

Vermögen, das etwa 80 Millionen beträgt.

Wenn Wilhelm von Deutschland aus nicht einen Pfennig mehr erhält, so wird er dennoch in Zukunft mit dem sonstigen Gliedern der hohenzollernschen Familie besser weiterleben als 99% des deutschen Volkes!

Defektor und Franzosenhölde als Fürstenanwalt.

Hans Ringler ist einer der Kapoeten, die im Sold der Monarchisten als Diskussionsredner auf Volksversammlungen losgelassen werden. In einer Augsburger Versammlung wurde ihm vom Versammlungsleiter folgende Frage zur Beantwortung vorgelegt: Ob Hans Ringler mit einem Mann identisch sei, der feinerzeit fahnenflüchtig gewesen, im besetzten Gebiet in den Diensten der Franzosen gestanden, vor nicht langer Zeit eine zweijährige Zuchthausstrafe verbüßt und auch sonst noch allerlei auf dem Kerbholz habe.

Die Versammlung lehnte es daraufhin ab, Ringler als Diskussionsredner anzuhören. Dieser Hans Ringler ist verantwortlicher Schriftleiter und Verlagsdirektor des „Kampfblatts der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands“, „Der Fahrenkreuzer“, eines in Innsbruck gedruckten Organs Adolf Hitlers; sein Verlag befindet sich in Berlin NW. 21.

Dieser Ringler ist zweifelslos fahnenflüchtig. Fahnenflüchtig ist der Ausweiser in Doorn, im Franzosenhölde haben so ziemlich alle landesfürstlichen Familien gegen Vertriehen gestanden und auch sonst haben sie allerlei auf dem Kerbholz.

Judenhebe des Stahlhelms zur Ablenkung.

Der Stahlhelmkommandeur Oberst Dillberg bedankt dem Volkstribunal gegen die deutschen Fürsten einen Volksentscheid gegen die Juden als Konkurrenzunternehmen entgegenzusetzen. Vor dem Amtsgericht Halle ist dieser Tage unter Nr. 497 des Vereinsregisters ein „Reichsbund zur Vorbereitung eines Verfassungsmäßigen Volksentscheides über die Lösung der Judenfrage“ eingetragen worden. Als „Geschäftsführer“ sind selbstverständlich einige Strohmannen ernannt worden; in Wirklichkeit ist Oberst Dillberg als Bevollmächtigter des Stahlhelms der eigentliche Macher. Als Ziel nennen die Statuten die Ausweisung aller seit 1. August 1914 eingewanderten Juden unter Verschlagnahme ihres Vermögens. Die Mitglieder des Bundes sind verpflichtet, „den Juden in jeder Weise aus dem Wege zu gehen“.

Dillberg scheint die entzweiten Später und Hypothekengläubiger für sehr dumm zu halten. Er wird sein blaues Wunder erleben. Das Galtische Abteilungsmandat wird keinen Volksgenossen vom Unterirdischen des Volksgeschlechtes abhalten.

Landbuntterror.

Severings Energie hat dem Landbund die Sabotage durch Gemeindefürsorge verboten. Nun probieren die Landbundler andere Mittel. Im „Landbund“, dem Landbündlerorgan für die Grenzmark Posen-Westpreußen, findet sich die folgende Landbündlerbannurkunde für den Bezirk:

Fürstenernennung. Die Listen werden vom 4. bis 17. März bei den Gemeindefürsorgern zur Eintragung aufgelegt. Bei der Aufstellung einer Statistik bitten wir unsere Ortsgruppenführer, uns am 17. März mitzuteilen, ob sich irgendwelche Landwirte in die Listen eingetragen haben, um den Diebstahl zu unterbinden.“

Die Durchführung dieser Terroraktion steht voraus, daß die Gemeindefürsorge der Ortsgruppenführer des Landbundes Einsicht in die Listen geben. Das ist eine grobe Pflichtverletzung! Dagegen muß ebenso scharf wie gegen jeden Sabotageverstoß eingeschritten werden.

Trotz aller Landbündlerbannurkunden aber zeigt sich auch auf dem Lande, daß die Landbevölkerung gut versteht, daß der Diebstahl am Volk verbreitet werden muß.

Der Schuß auf den Teufel.

Eine Geschichte aus dem Frankenwald von Gustav Schröder.

Da sagte Amanda bitter: „Der Fiskus kommt nicht, wie Du gedacht hast.“

„Darin hast Du Recht. Wenn er nicht gutwillig kommt, dann kommt er eben anders.“ — „Mach jetzt, daß Du ins Bett kommst.“

Am selben Tage, an dem Fiskus Anger den Verdruss mit Amanda Roschwein hatte, nahm Georg Wiesel seine Linda vor. Sie waren allein in der Stube. Der Großvater fuhr Dämon, und die Großmutter war in die Stadt gegangen, die letzten Gänse zu verkaufen.

„Linda,“ begann Georg Wiesel, „ich muß nun bald wieder fort, und ich weiß nicht, ob ich zu Weihnachten wiederkommen kann. Wir müssen einmal darüber reden, wie es werden soll.“

Linda sah dem Vater gegenüber und schweigend. Der fuhr fort: „Wie ich es mir schon immer gedacht habe, weißt Du. Ich habe mich nun fünfundsiebzig Jahre draußen herumgetrieben, und es war eigentlich bloß die paar Jahre schön, die Deine Mutter bei mir war. Sonst war ich immer unter fremden Leuten, und auf die Dauer paßt mir das nicht. Ich werde älter, und da will man seine Ordnung haben.“

„Vater,“ fiel Linda ein, „warum ziehst Du denn nicht hierher? Du kannst doch jeden Tag Großvaters Zeug übernehmen, und wenn Dir das Haus nicht schon satt ist, dann kaufst Du.“

Wiesel schüttelte den Kopf. „Das ist leeres Gerede. Ob das Haus schon oder häßlich, die Wirtschaft klein oder groß ist, das ist einerlei — ich zieh nicht aufs Dorf. Ich kann die Bauernarbeit nicht, und wenn ich die auch noch lernen würde, ich mag den Klatsch und das Gerätz in den Dörfern nicht leiden. Hier kümmert sich einer zuviel um den andern. Aus jeder Müde machen sie ein Pferd, und wenn bei einem die Sau

den Hufen kriegt, dann rennt das halbe Dorf und kocht Kamillentee. — Ich gehe nicht aufs Dorf. Es kommt bloß darauf an, ob ich ohne Dich in die Stadt ziehen muß oder ob Du mit mir gehst.“ Linda sah ihn in heißer Angst an. Die Angst machte sie töricht.

Sie trotzte: „Ich bleibe, wo ich bin.“

Der Vater lächelte. „Das ist für gesagt. Du mußt die Geschichte richtig angucken. Borecht bist Du noch nicht mündig, und wenn ich's als Vater verlange, da ist nichts dagegen zu machen, da ziehst Du mit. Aber soweit will ich ja gar nicht gehen. Das wäre das Beste. Warum willst Du denn nicht in die Stadt?“

„Weil, weil ich nicht hinpasse.“

„Woher weißt Du denn das?“

„Ich bin oft satt zum Markte gewesen und kenne die Stadt.“

„Warum läufst Du denn da zu jedem Markt?“

„Ja, . . . man hat doch sonst gar nichts.“

„Das wollte ich bloß hören, und nun hast Du Dich selber gefangen.“

Linda fing an zu weinen. „Vater, warum mußt Du mich denn so ärgern, wo Du so selten da bist, und wo ich mich so auf Dich gefreut habe.“

„Ich wollte Dich ärgern? Da könnte ich doch viel eher sagen, Du wollest mich ärgern. Wie Du auf die Welt gekommen warst, habe ich zu Deiner Mutter gesagt: Noch zehn, zwölf Jahre, dann machen wir's uns gemütlich, dann ziehen wir in die Stadt. Das Mädel soll . . .“

„Wäre die Mutter mitgezogen?“

„Ja, das darf ich wohl sagen, die war, wo ich war.“

„Sie war halt Deine Frau.“

„Und Du bist mein Kind. — Ich habe ja gewünscht, daß Du Dich hier eingewöhnen würdest, und daß es nicht ganz leicht sein würde, Dich da wieder herauszuholen, aber ich habe mir immer gesagt: Wenn sie sieht, wie ich daran hänge, und wie ich darauf zugearbeitet habe, dann brauche ich da gar kein

Machtwort zu sprechen. Das tut die Linda nicht, daß sie mich auf meine alten Tage allein läßt.“

Das Mädchen weinte stärker. Sie schlug das Gesicht nieder, war über und über rot, und rang es aus sich heraus: „Vaterle ich — kann nicht.“

„Das klingt schon anders wie: Ich will nicht. Du k a n n s t nicht. Warum kannst Du denn nicht?“

„Vater . . . ich . . . weiß selber nicht.“

„Dann will ich es Dir sagen. Wir wollen uns kein A für ein U vormachen. Ich habe zur Kirmes meine Augen nicht in der Tasche gehabt. — Seit wann ist denn die Geschichte mit dem Fiskus Anger?“

„Seit — seit dem Sonntage.“

„So, noch nicht älter?“

„Ach ja, sie ist schon älter, aber halt . . . ich . . . weiß das nicht.“

„Hm. Und wie weit ist sie nun jetzt?“

„Vaterle, Vaterle, Du mußt nicht so garstig sein. Der Fiskus ist doch . . .“

Georg Wiesel lächelte. „Freilich, der Fiskus ist der Fiskus, und außer dem gib's keinen andern.“

Lindas Augen blinzelten. „Ja, Vater. Für mich nicht.“

„So sagen sie alle. Das ist weiter nicht schlimm.“

„Vater, das kann ich nicht mehr aushalten. Da lauf ich raus.“

„Weiß nur sitzen. Ich bin kein Unmensch, und ich weiß, daß man über so eine Sache anders reden muß, wie wenn man ein Pferd kauft. Mir macht sie einen Strich durch meine ganze Rechnung und sowas will ausgestanden sein.“

„Gefällt Dir der Fiskus nicht?“

„So und wie Dir. Ich könnte mir einen andern Schwiegerohn denken, aber ich bin dabei nicht die Hauptperson, das bist Du. Der Fiskus Anger ist der erste Burche — ich hoffe das wenigstens . . .“

„Aber Vater! Ich habe nie einen angequält.“

Unmoralische Justiz.

Der Sozialdemokrat wird verbrannt.

In dem Prozeß gegen den ehemaligen sozialdemokratischen Landesführer Dr. Stöckel in Braunau wurde der Anklage zu zwei Monaten Gefängnis und zur Aberkennung der Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden, auf die Dauer von zwei Jahren verurteilt.

In der zweimaligen Benutzung des amtlichen Telefons zu Privatgesprächen erlitt das Gericht Betrag, in der Entnahme einiger Professorenlöhner aus dem Landesamt Untersuchungs.

Aus den Prozeßberichten wissen die Leser des Echo um Stöckels angebliche Straflaten Befreiung. Er hat das Amtstelephon benutzt zum Bestellen von Theaterkarten, die ihm dienstlich aufstuden, und er hat in Göttingen unangenehm aufgeschütteter Bücher Ordnung gebracht, hat dabei zur Prüfung ein paar billige Büchlein mitgenommen, über deren Inhalt er nach der Prüfung referierte. Seine Freizeit wendete er auf und machte sich nützlich; wärd Stöckel minder arbeitsfähig gewesen, so blieben die Bücher auf dem Haupte und wurden Makulatur; Stöckels „Schuld“ ist, daß er die Bücher ihrem Zweck zuführte, nämlich der Prüfung auf ihre Tauschwert. Dafür wird er verbrannt.

Auch kein Feind der Sozialdemokratie wird behaupten können, daß die Justiz gegen Stöckel mit Moral das geringste zu tun hat. Sie ist ein Beweis mehr, daß bürgerliche Gerechtigkeit sich der schändlichsten Mittel bedient, um Sozialdemokraten zu fällen.

Erste Lage in Genf.

Der verfrühte Optimismus der Vorwoche. — Schwere spanische Drohungen. — Die deutsche Delegation völlig isoliert.

Wenn in der Vorwoche gestillt die Ansichten erweist wurde, als ob nach den Erklärungen Chamberlains im Unterhaus ein Kompromiß in der Antispanische Frage möglich sei, so zeigt sich heute, daß die Situation so ernst ist, wie kaum je zuvor.

Die Eröffnung der eigentlichen Völkerbundtagung durch den Japaner Ishii und die Wahl des Portugiesen Costa zum Präsidenten der diesjährigen Tagung war eine schwunglose und wenig beachtete Zeremonie. Denn während in dem alten Reformationsaal die Delegierten zur Volleröffnung des Bundes nichts weiter als allgemeine und friebliche Nebensätzen wechselten,

lagte der Rat des Bundes in geheimer Sitzung, in der er sich mit der wieder außerordentlich ernst gewordenen Lage beschäftigte.

Das unglückliche Problem der Erweiterung des Völkerbundesrates liegt im Augenblick so, daß der polnische und brasilianische Anspruch zwar zurückgetreten ist, dagegen der spanische Anspruch in einer Schärfe sonderbarsten vorgebracht wird.

Die spanische Regierung, hinter der, wie man weiß, die persönliche Initiative des Königs steht, hat die verschiedenen Kabinete wissen lassen, daß Spanien aus dem Völkerbund austreten werde, wenn man seinen Anspruch nicht respektiere. Im Augenblick ist nicht abzusehen, wie dieser Konflikt aus der Welt geschafft werden soll, da die deutsche Delegation auf ihrem Standpunkt verharret, daß für jetzt keinerlei Erweiterung der händigen Ratliste vorgenommen werden dürfe. Chamberlain scheint wieder einmal geneigt zu sein, umzulegen, um damit seinem eigenen Parlament und der Öffentlichkeit seines eigenen Landes einen Streich berechnen zu wollen. Die Stimmung ist allerorts gedrückt. Man wird sich auf langwierige und schwierige Verhandlungen gefaßt machen müssen.

Die französische Regierungskrise.

Brion, Herriot oder Gaillaux?

Paris, 8. März. Der Präsident der Republik hat den ganzen Tag über die Vertreter der Parteien, wie auch die Vertreter der Finanzkreise in Kammer und Senat empfangen, da ja die Regierung über eine Finanzfrage gestirrt ist. In der Kammer Herriot, der zwischen radikalsten Parteien, zwischen zwei Strömungen, wobei die eine die Wiederherstellung des links-faktischen Blocks, die andere ein Konzentrationkabinett unter Ausschluß der Sozialisten, Kommunisten und Mencknerativen wünscht. Eine Klärung über den Willen der Partei wird erst heute erfolgen. In den Verhandlungen der Kammer wird vielfach der Wiederkehr eines stabilen Brion das Wort geredet, wobei sich Brion nur einen neuen Finanzminister zu suchen geneigt zu sein, umzulegen, um damit seinem eigenen Parlament und der Öffentlichkeit seines eigenen Landes einen Streich berechnen zu wollen. Die Stimmung ist allerorts gedrückt. Man wird sich auf langwierige und schwierige Verhandlungen gefaßt machen müssen.

„Dann bist Du dumm genug. Angeden hat weiter keine Gefahr. Also der Fiskus ist der erste Burche . . .“

„Und bleibt der einzige.“

„So, dann können wir uns ja alles weitere ersparen. Hat der Fiskus nicht gesagt, wann er mit mir reden will?“

„Das hat er schon vorgestern genollt, aber ich habe gesagt, ich, ich . . .“

„Müßte den Alten erst so langsam herumkriegen.“

„So habe ich nicht gesagt.“ Wieder blinzelte Lindas Augen hell auf, wieder lächelte der Vater.

„Dann war's anders. Und wann will er an mich kommen?“

„Ostern.“

„Das ist noch ein halbes Jahr hin. Nun paß gut auf, Linda, was ich jetzt sage: Ich habe selber zwölf hinter mir, und Euch zwei auseinander zu reihen, wenn für Euch durchaus Leben und Seligkeit daran hängt, daß Ihr Euch heiratet. Ist das so, dann mache ich mein einziges Kind nicht unglücklich, da bleibe ich allein und muß halt sehen, wie ich mich durchschlage. Auf das Dorf ziehe ich nicht. Paß auf: Du gehst auf ein halbes, wenn es sein kann auf ein ganzes Jahr, in die Stadt, egal, ob ich dort wohne oder nicht. Das verlange ich, und da gib's kein Martien. Nun hast Du die Wahl: Willst Du die Zeit gleich amachen, dann kann's morgen schon losgehen. Willst Du jetzt nicht freimillich, dann nimmst Du Ostern. Davor bewahren Dich keine Tränen und keine Bitten. hinaus mußt Du. Du kannst Dich gleich entscheiden, es hat aber auch bis morgen Zeit.“

„Vater, jetzt kann ich nicht fort.“

„Warum nicht?“

„Die Großmutter kann immer weniger zupassen.“

„Das kann zu Ostern noch viel schlimmer sein. — Du denkst, kommt Zeit, kommt Rat, aber, Linda, mach Dir keine falschen Hoffnungen. Bei dem, was ich gefagt habe, bleib's, und nun wären wir für diesmal fertig.“

(Fortsetzung folgt.)

Tages-Bericht.

Hamburg.

Zuwachs der SPD-Fraktion.

In der gestrigen Sitzung der sozialdemokratischen Bürgerfraktion wurde mitgeteilt, daß die beiden Vertreter ...

Mit diesem Anstieg schreitet die Zahl der Fraktionsmitglieder, die bei der letzten Wahl in die Bürgerfraktion gelangten, bis auf einen ...

Table with 2 columns: Party name and number of members. Includes Sozialdemokraten, Deutsche Demokraten, etc.

Zum Beitritt der bisherigen Mitglieder ist noch zu bemerken, daß beide jetzt selbstverständlich auch Mitglieder unserer Parteiorganisation sind.

Grundsteuer- und Gewerbesteuergezet.

Der ständige Steuerausschuß überreicht der Bürgerschaft zwei gewichtige Berichte, über die schon vorgeschlagen wurden ...

Mit Wirkung vom 1. April 1926 ab wird die Miete in Hamburg auf 93 % der Friedensmiete festgesetzt.

Die Zustimmung zu dieser Regelung, die in Einzelheiten noch einige weitere Änderungen der Senatsvorlage vorzählt, wurde interfraktionell davon abhängig gemacht, daß gleichzeitig auch die Entscheidung über das Gewerbesteuergezet fallen sollte.

Die Senatsvorlage beantragt, um umzusetzen. Während der Senat die Steuer für Großbetriebe und Mittelbetriebe um 1/2 beziehungsweise 1/4 % ermäßigen will, wurde im Ausschuß die Meinung vertreten, daß die Steuer einheitlich zu erheben sei ...

Zu Jakob Loewenbergs 70. Geburtstag.



Ist es denn in der Tat so? Räumt die Zeit so rasch? Jakob Loewenberg schon ein Siebziger! Ohne daß ich es will, tritt mir ...

Die ersten 100 000 in Groß-Hamburg!

Hamburg 84 000, Altona 16 400, Wandsbek 2 500 Unterschriften zum Volksbegehren.

Am Montag 22 500 Eintragungen in Hamburg.

Die Eintragungen zum Volksbegehren für die entscheidungsgelassene Eintragung der Parteien nimmt guten Fortgang. Nach dem Höhepunkt am Sonntag mit 33 000 Eintragungen ...

Nur weiter drauf und dran; die Zahl muß verdreifacht werden, damit den Fürstentümern inne wird, daß es dem Volke ernst ist mit seinem Begehren!

Was zu beachten ist!

Zum ersten Male findet ein allgemeines Volksbegehren statt. Zum ersten Male werden Millionen deutscher Volksgenossen ...

beimessen und 8 Betriebe mit 900 bis 1000 Arbeitnehmern. In den Mittelbetrieben würden mitteln höchstens 25 000 Arbeitnehmer beschäftigt.

Ein Antrag, die Gehaltssummensteuer allgemein auf 1/2 v. H. festzusetzen, wurde mit 9 gegen 8 Stimmen abgelehnt.

In einer späteren Sitzung des Ausschusses teilte Staatsrat Dr. Gumpert mit, daß der Senat für eine Erhöhung der Miete ...

Am 16. März findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine Frauenversammlung.

Die Senatsvorlage beantragt, um umzusetzen. Während der Senat die Steuer für Großbetriebe und Mittelbetriebe um 1/2 beziehungsweise 1/4 % ermäßigen will, wurde im Ausschuß die Meinung vertreten, daß die Steuer einheitlich zu erheben sei ...

Man oder Frau, seinen Namen persönlich eintragen muß. Der Ueberbringer dieser Zusage darf durchaus nicht ...

In einer anderen Zusage werden wir unterrichtet, daß sich Männer oder Frauen oft in einem willkürlich gewählten Total in die Listen zum Volksbegehren eingetragen haben.

Außerdem ist das Verzeichnis der Straßen und Lokale auch an den Bezirksbüros der Polizei angehängt.

Die Tragweite und die große Bedeutung des Volksbegehrens kann und darf keine Unklarheit bestehen. Es handelt sich einfach darum, ob die ehemals deutschen Fürsten, die nach dem Zusammenbruch entweder feige ins Ausland geflüchtet sind, oder die widerstandslos dem übermächtigen Votum des Volkes ...

Nachtrag zum Staatshaushaltsplan.

Es ist bereits der 6. Nachtrag zum Staatshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1925, am 31. März abläuft, und so wird es wohl der letzte dieses Rechnungsjahres sein, über den die Bürgerschaft morgen zu entscheiden haben wird.

Eine Änderung des Hafengesetzes.

wird schon wieder einmal dem Senat beantragt. Diesmal handelt es sich um § 8, der die Zoll- und Einfuhr- oder ausfuhrrechtliche Behandlung der Waren regelt.

Die Finanzwirtschaft der Stadt- und Landgemeinden.

Im hamburgischen Staat habe ein bürgerschaftlicher Ausschuß zu prüfen, der jetzt Bericht erstattet. Er ist zu seiner einheitlichen Beschlußfassung gelangt.

Die Finanzwirtschaft der Stadt- und Landgemeinden.

Die Gemeinden bedürfen des Rechts, dem allgemeinen Volk dienende Arbeiten (Bauarbeiten usw.) durch Gemeindeangehörige ausführen zu lassen und die Pflicht hierzu ist gesetzlich festzulegen.

Am 16. März Frauenversammlung.

Die Senatsvorlage beantragt, um umzusetzen. Während der Senat die Steuer für Großbetriebe und Mittelbetriebe um 1/2 beziehungsweise 1/4 % ermäßigen will, wurde im Ausschuß die Meinung vertreten, daß die Steuer einheitlich zu erheben sei ...

Wahlabschreibemärkte der Deutschen Nothilfe.

In einem Rundschreiben des preussischen Innenministers wird darauf hingewiesen, daß der Reichspostminister die Gültigkeitsdauer der Wahlabschreibemärkte der Deutschen Nothilfe bis Ende Mai 1926 verlängert hat.

Es werden uns viele Sabotageversuche berichtet. So schreibt uns ein Leser folgendes:

Alle Mitglieder und Mitglieder der Monarchie weiseten in der Sabotage des Volksbegehrens. Offene und verborgene Verführung wird angewandt, um den geliebten Landesfürsten das Wohlleben auf Kosten des Volkes zu lassen.

Ein anderer Leser gibt uns in einer Zusage von folgendem Kenntnis:

In Einstimmigkeit, Gegen Schwendestrafen, sind Leute, welche sich als Kommunisten ausgeben, erfolgreich mit Listen unterwegs gewesen, um „Unterschriften“ für das Volksbegehren zu sammeln.

Notstandsarbeiten.

Von der Staatlichen Preisstelle wird uns geschrieben: Die bisherigen Bemühungen der Notstands-Kommission des Senats, Arbeiten zur Beschäftigung Erwerbsloser in Gang zu bringen, sind vorwiegend den männlichen Erwerbslosen zugute gekommen.

Die Finanzwirtschaft der Stadt- und Landgemeinden.

Die Senatsvorlage beantragt, um umzusetzen. Während der Senat die Steuer für Großbetriebe und Mittelbetriebe um 1/2 beziehungsweise 1/4 % ermäßigen will, wurde im Ausschuß die Meinung vertreten, daß die Steuer einheitlich zu erheben sei ...

Die Finanzwirtschaft der Stadt- und Landgemeinden.

Die Senatsvorlage beantragt, um umzusetzen. Während der Senat die Steuer für Großbetriebe und Mittelbetriebe um 1/2 beziehungsweise 1/4 % ermäßigen will, wurde im Ausschuß die Meinung vertreten, daß die Steuer einheitlich zu erheben sei ...

Die Finanzwirtschaft der Stadt- und Landgemeinden.

Die Senatsvorlage beantragt, um umzusetzen. Während der Senat die Steuer für Großbetriebe und Mittelbetriebe um 1/2 beziehungsweise 1/4 % ermäßigen will, wurde im Ausschuß die Meinung vertreten, daß die Steuer einheitlich zu erheben sei ...

Die Finanzwirtschaft der Stadt- und Landgemeinden.

Die Senatsvorlage beantragt, um umzusetzen. Während der Senat die Steuer für Großbetriebe und Mittelbetriebe um 1/2 beziehungsweise 1/4 % ermäßigen will, wurde im Ausschuß die Meinung vertreten, daß die Steuer einheitlich zu erheben sei ...

Die Finanzwirtschaft der Stadt- und Landgemeinden.

Die Senatsvorlage beantragt, um umzusetzen. Während der Senat die Steuer für Großbetriebe und Mittelbetriebe um 1/2 beziehungsweise 1/4 % ermäßigen will, wurde im Ausschuß die Meinung vertreten, daß die Steuer einheitlich zu erheben sei ...

Die Finanzwirtschaft der Stadt- und Landgemeinden.

Die Senatsvorlage beantragt, um umzusetzen. Während der Senat die Steuer für Großbetriebe und Mittelbetriebe um 1/2 beziehungsweise 1/4 % ermäßigen will, wurde im Ausschuß die Meinung vertreten, daß die Steuer einheitlich zu erheben sei ...

Die Finanzwirtschaft der Stadt- und Landgemeinden.

Die Senatsvorlage beantragt, um umzusetzen. Während der Senat die Steuer für Großbetriebe und Mittelbetriebe um 1/2 beziehungsweise 1/4 % ermäßigen will, wurde im Ausschuß die Meinung vertreten, daß die Steuer einheitlich zu erheben sei ...

Die Finanzwirtschaft der Stadt- und Landgemeinden.

Die Senatsvorlage beantragt, um umzusetzen. Während der Senat die Steuer für Großbetriebe und Mittelbetriebe um 1/2 beziehungsweise 1/4 % ermäßigen will, wurde im Ausschuß die Meinung vertreten, daß die Steuer einheitlich zu erheben sei ...

Die Finanzwirtschaft der Stadt- und Landgemeinden.

Die Senatsvorlage beantragt, um umzusetzen. Während der Senat die Steuer für Großbetriebe und Mittelbetriebe um 1/2 beziehungsweise 1/4 % ermäßigen will, wurde im Ausschuß die Meinung vertreten, daß die Steuer einheitlich zu erheben sei ...

Die Finanzwirtschaft der Stadt- und Landgemeinden.

Die Senatsvorlage beantragt, um umzusetzen. Während der Senat die Steuer für Großbetriebe und Mittelbetriebe um 1/2 beziehungsweise 1/4 % ermäßigen will, wurde im Ausschuß die Meinung vertreten, daß die Steuer einheitlich zu erheben sei ...

Die Finanzwirtschaft der Stadt- und Landgemeinden.

Die Senatsvorlage beantragt, um umzusetzen. Während der Senat die Steuer für Großbetriebe und Mittelbetriebe um 1/2 beziehungsweise 1/4 % ermäßigen will, wurde im Ausschuß die Meinung vertreten, daß die Steuer einheitlich zu erheben sei ...

